Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 13 (1933-1934)
Heft: 7

Artikel: Zur Problematik unserer Taktik
Autor: Walter, Emil J.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-331815

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zur Problematik unserer Taktik

Von Emil J. Walter.

Die letzten Wochen mit ihren internen Auseinandersetzungen über Militärfrage und Wirtschaftspolitik haben grundsätzlich wesentliche Probleme der Parteitaktik aufgeworfen. Im Jahre 1933 ist die politische Entwicklung von solchen Erschütterungen begleitet worden, daß man sich oft die Frage vorlegen mußte: Genügt die traditionell überlieferte Form der Parteiorganisation, der Arbeiterbewegung überhaupt, den gesteigerten Anforderungen des zugespitzten politischen Kampfes?

Die politische Partei ist gleichzeitig Produkt und Voraussetzung des Parlamentarismus. Der Kampf der Fronten gegen die Demokratie und den Parlamentarismus mündet folgerichtig aus im Schlagwort des Kampfes gegen den Parteienstaat. Selbstbesinnung über Aufgabe und Bedeutung der politischen Partei drängen sich in diesem Zusammenhang um so mehr auf, als wir wissen, daß über Sein oder Nichtsein der Volksrechte in der Schweiz gerade das taktische Verhalten der schweizerischen Arbeiterbewegung entscheiden wird.

Im Staate der bürgerlichen Demokratie ist die Partei jene Organisation von Bürgern, welche die Wahlen in die Parlamente und Volksabstimmungen vorbereitet und durchführt. Die Partei schlägt der Wählerschaft die Kandidaten vor, sie beschafft die Mittel für die Wahl- und Abstimmungskämpfe. Im weiteren Rahmen betrachtet, ist die soziologische Aufgabe der Partei die Auswahl der politischen Leitung des demokratischen Staates. Dem Konkurrenzprinzip auf wirtschaftlichem Gebiet entspricht die Konkurrenz um die politische Führerstellung auf dem Gebiete des Parteilebens.

Das unmittelbare Ziel der Parteiarbeit ist politischer Natur, das heißt Beeinflussung und Umbau des staatlichen Apparates in personeller Hinsicht. Im diktatorisch, autoritär regierten Staat erfolgt die Erneuerung der Staatsspitze und des Staatsapparates nicht nach dem Prinzip der Führersiebung durch Partei und Volkswahl, sondern durch Ernennung von oben nach unten. Auch im demokratischen Staat wird für die Verwaltung dieses Prinzip beibehalten, aber die Härten dieses Prinzips werden im demokratischen Staat gemildert durch die Möglichkeit der mehr oder minder starken Beeinflussung des staatlichen Apparates durch die öffentliche Meinung.

Mit der Entwicklung und dem Aufstieg der Partei entwickelt sich der Parteiapparat, bestehend aus Sekretären, Parteiinstanzen und Parteipresse. Im autoritären Staat verschmilzt der Parteiapparat — wie Rußland, Italien und Deutschland zeigen — mit dem Staatsapparat; im demokratischen Staat (Schweiz, England) bildet der Parteiapparat eine selbständige Organisation neben oder außerhalb dem Staatsapparat.

Trotz ihrem programmatischen Bekenntnis zu einer gewissen Diktatur ist die schweizerische Sozialdemokratie ihrem Aufbau, ihrer Struktur und ihrer politischen Tätigkeit nach eine durchaus demokratische Partei, eine »Wahl- und Abstimmungsmaschine», um ein gern gebrauchtes Schimpfwort zu verwenden. Die Organisation der SPS. hat sich mehr oder weniger gut den Bedürfnissen des schweizerischen politischen Lebens angepaßt.

Die Organisationsform der Partei wird aber in dem Momente zum Problem, in welchem neue wirtschaftliche und politische Aufgaben an den demokratischen Staat herantreten. Dieser Augenblick ist da. Das Auftreten der Fronten auf der politischen Schweizerbühne ist nur ein Symptom. Der schweizerische Staat, der liberal-demokratische Staat der 48er und 70er Jahre ist in eine innere Krise geraten. Die Entwicklung der Wirtschaft verlangt gebieterisch nach einem strukturellen Umbau der schweizerischen Volkswirtschaft, nach einer Anpassung der politischen Staatsform und staatlichen Funktionen an die strukturell veränderte Wirtschaft.

Damit ist dem schweizerischen Staate und den den schweizerischen Staat formenden Parteien eine entscheidende historische Aufgabe gestellt: den geschichtlich notwendigen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft mit demokratischen Mitteln durchzuführen.

Parteien sind politische Interessenvereine. Hinter den Parteien stehen die Klassen, die um die Herrschaft im Staate ringen. Auf politischem Gebiet wird der Klassenkampf zum Kampf um die öffentliche Meinung durch das Werkzeug der Parteiorganisation, auf wirtschaftlichem Gebiet führen den Klassenkampf die Wirtschaftsverbände.

Der Inhalt der schweizerischen Politik seit den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts erschöpfte sich im Kampfe um den Anteil der verschiedenen Klassen der schweizerischen Gesellschaft am schweizerischen Staat. Heute ist ein Neubau notwendig geworden. Die Arbeiterbewegung war in der Vergangenheit die Vertreterin der speziellen Klasseninteressen der Arbeiter im Rahmen des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Wirtschaft. Heute muß diese Funktion erweitert werden, muß die Arbeiterbewegung ihre »eigenen Klassengrenzen und ihren eigenen Klassenegoismus überwinden und aufhören, sich als minorenn zu betrachten und das ganze Volk um sich zusammenrufen und die ganze Nation neu organisieren« (Silone, »Faschismus«, S. 47). Mit anderen Worten: die Arbeiterbewegung muß zur nationalen Volksbewegung werden, die Arbeiterbewegung muß sich das konkrete Ziel der Eroberung der politischen Macht durch das arbeitende Volk der Arbeiter, Bauern und Kleinbürger stellen, um die Aufgabe des Umbaues der schweizerischen Wirtschaft und Gesellschaft durchführen zu können.

Aus dieser Erkenntnis ergeben sich wichtige Schlußfolgerungen. Wir brauchen ein konkretes Aktionsprogramm, wir brauchen einen sachlich fundierten, den schweizerischen Verhältnissen angepaßten, politisch und wirtschaftlich realisierbaren Wirtschaftsplan. Die beiden großen Organisationen der Arbeiterbewegung, Partei und Gewerkschaft, müssen umgebaut werden.

Die Reorganisation des Parteiapparates durch Reorganisation des Sekretariates, Vereinfachung des Instanzenzuges, Berufung eines Parteiausschusses als zeitweiligen Ersatz des kostspieligen Apparates des schweizerischen Parteitages, Einsetzung von Fachkommissionen zur sachkundigen Beratung von wirtschaftspolitischen, finanzpolitischen und allgemeinwichtigen Fragen, Schulung von Fachreferenten, scheint uns zwingende Notwendigkeit zu sein. Nicht minder wichtig ist eine Aenderung des Verhältnisses von Partei und Gewerkschaften. Man kann vielleicht an den Ausbau der Partei zu einer Art Arbeiterpartei denken. Im Gewerkschaftsbund müssen Wege gefunden werden, die organisatorische Aufsplitterung zum Beispiel im Sinne einer zentralen Arbeitslosenversicherungskasse aufzuheben.

Die organisatorische Erneuerung ist nicht möglich ohne geistige Erneuerung. Gerade die Diskussion über die Militärfrage hat unfreiwillig wesentliche Schwächen unseres Parteileben enthüllt. Das Programm, die Resolution, ist für gewisse Kreise zum Selbstzweck geworden. Dadurch erstarrt die sozialistische Weltanschauung zum Dogma, feiert der Kampf um das angeblich »reine« Prinzip Orgien der narzißtischen Selbstbefriedigung. Man sammelt Gefolgschaft um Programme und Schlagworte, statt um konkrete Ziele und Aufgaben.

Man diskutiert mit Leidenschaft die Wehrfrage, beweist sich gegenseitig mit größter logischer Unschärfe die Notwendigkeit der Ablehnung oder Zustimmung zur Landesverteidigung, weil man diese Frage ungerechtfertigterweise zum Parteisymbol gemacht hat und es nicht leicht wird, aus den verschlungenen Begründungen der Jahre 1917 bis 1924 den Ausweg zur Realität zurückzufinden. Aber eine Parole wie jene der Verstaatlichung des Bank- und Kreditwesens verhallt in der Mitgliedschaft fast ungehört, trotzdem der Volksbankkrach dieser Parole unmittelbarste Aktualität verliehen hat. Unsere Taktik muß elastischer werden.

Diese Tatsachen sind mehr als symptomatisch. Sie weisen eine Schwäche unseres Parteilebens nach, die sehr große Gefahren in sich bergen kann. Man flüchtet sich allzu gerne in abstrakte Programme. Man schwärmt von der »sozialen Revolution«, wie der Christ im Römerreich vom Reiche Jesu geschwärmt hat. Dadurch wird diese grundsätzliche Haltung Ideologie, das heißt zum falschen Bewußtsein vom sozialen Sein, eine Flucht in die Irrealität des »Grundsatzes« und des »unverfälschten Ideals«. Was uns not tut, ist gerade das Gegenteil dieser Haltung: Exakte Untersuchung der Gegenwart, intensivstes Studium

der Tatsachen, soziale Empirie, leidenschaftslose Prüfung der Realitäten und wirtschaftlichen wie politischen Möglichkeiten, eine zielbewußte Politik auf Grund der Erkenntnis der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge, keine Entartung des Marxismus zur Dienerin der bereits fixierten Politik.

Das Jahr 1933 war ein Jahr der Entscheidung. Es zwingt uns alle zur Selbstbesinnung. Mit diesem Jahre hat eine neue Epoche der Arbeiterbewegung begonnen. Es gilt, die utopischen Elemente der reformistischen wie kommunistischen Bewegung abzustreifen und aus der Arbeiterbewegung jene Kulturbewegung zu machen, welche dereinst berufen sein wird, die Barbarei der politischen Diktatur und des nationalistischen Faschismus durch die europäische Freiheit und den europäischen Sozialismus zu ersetzen.

Anmerkungen zum Mittelstandsproblem

Zerreibung des Mittelstandes?

Von Dr. V. Gawronsky.

Als Träger der faschistischen Bewegung in Italien 1922, als Träger der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland 1933 ist der Mittelstand handelnd auf die politische Bühne getreten und hat da wie dort der Arbeiterschaft eine vernichtende Niederlage beigebracht. Da wie dort saßen die Drahtzieher dieser mittelständischen, faschistischen Massenbewegung im Lager des Großkapitals — aber da wie dort wurde der Sieg des Faschismus bzw. seines Zwillingsbruders, des Nationalsozialismus, nur dadurch möglich, daß der Mittelstand, mit seiner ökonomischen Lage unzufrieden und erfüllt mit antikapitalistischen Ressentiments, den antikapitalistischen Verheißungen gerissener, vom Großkapital finanzierter Demagogen Gehör und Glauben schenkte.

Wie kommt es, fragt angesichts der italienischen und deutschen Erfahrungen mancher Sozialist voller Sorge, daß der Mittelstand, der in Not gerät, der mindestens gefühlsmäßig als Urheberin seiner Not die kapitalistische Gesellschaftsordnung beschuldigt, nicht als Bundesgenosse zur sozialistischen Arbeiterbewegung stößt, sondern sich dem vom Kapital ausgehaltenen Faschismus anschließt? Da und dort beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, daß eine Bundesgenossenschaft zwischen Proletariat und Mittelstand — wobei unter Mittelstand nicht bloß mittelständisches Handwerk und Gewerbe, sondern ebensosehr Bauerntum und Angestelltenschaft zu verstehen ist — schon deshalb nicht möglich war, weil der proletarische Sozialismus vielfach das ökonomische und soziale Wesen des Mittelstandes völlig verkannte und infolgedessen unter völlig falschen Voraussetzungen an den Mittelstand herantrat. Wie außerordentlich hat zum Beispiel die Propagierung der unumschränkten und unbedingten Ueberlegen-